

Flucht nach vorn ...

Singapurs Regierung beschließt stärkere Finanzmarktkontrollen im Kampf gegen Steuerflucht und Geldwäsche

von
Rolf Jordan

Der Autor ist
Südostasienwis-
senschaftler und
Mitglied der Süd-
ostasien Informa-
tionsstelle

Das müssen recht geschäftige Zeiten gewesen sein, im Winter des Jahres 2012. Kurz zuvor hatten Beamte der Finanzverwaltung in Nordrhein-Westfalen wieder einmal eine CD mit Daten von deutschen Bankkonten einer Schweizer Bank gekauft. Und kaum begannen die Finanzbeamten mit der Auswertung der Daten, da mehrten sich auch schon die Berichte, dass die UBS Bank, von der die Kundendaten auf der CD stammten, deutsche Anleger dabei unterstützte, ihre bisher in der Schweiz angelegten Gelder auf Konten der Bank in Singapur zu transferieren.

Singapur gehört zu den führenden Finanzplätzen weltweit und ist zugleich ein wichtiges Finanzzentrum im südostasiatischen Raum. Doch bereits in früheren Jahren hat es immer wieder auch Kritik an dem Offshore-Finanzzentrum gegeben. Mehr als einmal standen die Finanzmärkte des Stadtstaats im Verdacht, auch illegalen Transaktionen gegenüber offen zu sein. Mit den jüngsten Enthüllungen um weltweite Steuerhinterziehung hat diese Kritik erneut an Aktualität gewonnen, und der Stadtstaat sieht sich zunehmend gezwungen, seinen Bankensektor stärker zu regulieren.

Kampf gegen Steueroasen

Es sind vor allem die im Vergleich zu vielen anderen Ländern niedrigen Steuersätze, das geringe Maß an Finanzmarktregulierung und das Bankgeheimnis, die Singapur zu einem anerkannten Offshore-Finanzplatz machen. Daneben sind der insgesamt hohe Bildungsstand, der geringe Grad an Korruption sowie die hohe Rechtssicherheit und die politische Stabilität von großer Bedeutung für potentielle Investoren und Anleger.

Nach Schätzungen der OECD werden in Offshore-Standorten etwas weniger als zehn Prozent des Vermögens weltweit verwaltet. Die hier angesiedelten Banken, Versicherungskonzerne und Fonds zur Vermögensverwaltung nutzen die Offshore-Finanzplätze nicht allein, um Geschäfte vor Ort abzuwickeln. Immer öfter tragen die Angebote des Finanzsektors auch dazu bei, kriminelle Aktivitäten ihrer Kunden zu verschleiern oder vermögenden Anlegern dabei behilflich zu sein, die in der Regel deutlich höheren Steuersätze in ihren Heimatländern zu umgehen.

Neben der grundsätzlichen Gefahr, die von den oft nur unzureichend regulierten Offshore-Finanz-

plätzen für die Stabilität des Weltfinanzsystems ausgehen, sind es vor allem die Möglichkeiten zu Geldwäscheaktivitäten und die negativen Folgen von Steuerflucht, die gerade auf Ebene der OECD eine Reihe von Initiativen erforderlich machten, um eine stärkere Regulierung und Kontrolle von Offshore-Zentren zu erreichen. Die 1998 initiierte *Harmful Tax Competition* erstellte eine Liste mit 41 Ländern, deren Steuergesetzgebung offensichtlich nicht im Einklang mit den Regeln für einen – nach Ansicht der OECD – »fairen Wettbewerb« stand – dazu zählte ursprünglich auch der Stadtstaat Singapur. Daraufhin wurden viele der einst aufgestellten Forderungen zum Teil deutlich gelockert mit dem Resultat, dass sich seit Mai 2009 kein Land mehr auf der *OECD-List of Uncooperative Tax Havens* befindet – ohne das sich allerdings an der grundlegenden Problematik etwas geändert hätte, wie auch das Beispiel Singapurs zeigt.

Die wenig verbindlichen Grundprinzipien und der insgesamt halbherzige Versuch, verbindliche Regulierungen in den Steueroasen durchzusetzen, haben zur massiven Kritik an den bestehenden OECD-Initiativen beigetragen. Globalisierungskritische NGOs fordern stattdessen eine stärkere Finanzmarktregulierung und ein Ende des Bankgeheimnisses auch in diesen Steueroasen, um illegale Geldwäscheaktivitäten und die Möglichkeiten zur Steuerflucht zu bekämpfen. Einen wichtigen Hinweis auf das mögliche Schadenspotential, das von einem Finanzplatz für das Weltfinanzsystem ausgeht, bietet der vom *Tax Justice Network* (TJN) erstellte Schattenfinanzindex (*Financial Secrecy Index*, FSI). Für 2011 wurden insgesamt 73 Länder und Hoheitsgebiete in den Index aufgenommen.

Bankenfamilien
in Singapurs
Innenstadt
Foto: Genia
Findeisen





Bankenviertel
in Singapur
Foto: Gürcan
Özsüyek/Flickr

Singapur nimmt darin aufgrund der bestehenden Regulierungslücken und Geheimhaltungspraktiken den sechsten Rang ein.

Offshore-Finanzzentrum Singapur

Singapur zählt zu den wichtigsten Finanzplätzen im asiatisch-pazifischen Raum. Der Stadtstaat stellt nicht nur eine wichtige Schnittstelle zum Wirtschaftsraum Südostasien dar, sondern er fungiert auch als wichtiges Offshore-Finanzzentrum für internationale Banken, Versicherungen und Investmentfonds. Von den insgesamt 120 registrierten Banken in Singapur waren 2011 114 nicht einheimisch. Vertreten sind dabei namhafte Großbanken, die den Standort auch für ihre Offshore-Geschäfte nutzen. Auch eine Reihe deutscher Banken unterhalten Niederlassungen im Stadtstaat: neben Großbanken wie der Deutschen Bank, der Commerzbank und der Hypo-Vereinsbank sind auch die Landesbank Baden-Württemberg und – bis zu ihrer Auflösung im Jahr 2012 – die WestLB dort vertreten. Bei den Niederlassungen der DZ-Bank aus Frankfurt und der HSH Nordbank in Singapur handelt es sich sogar dezidiert nur um Offshore-Banken. Auch namhafte Banken aus der Schweiz nutzen den Handelsplatz Singapur für ihre vielfältigen Geschäftsaktivitäten, so auch die im Zentrum der jüngsten Ermittlungen im Fall von Steuerhinterziehung stehenden Banken UBS und Credit Suisse.

Ende 2012 gab es zum ersten Mal mehr als nur Vermutungen, dass gerade diese Banken ihre vermögenden Kunden aktiv dabei unterstützten, am Fiskus vorbei Gelder auf Konten im Stadtstaat zu transferieren. Bei der Auswertung der im Herbst angekauften Daten der Schweizer Großbank UBS waren die Ermittler unter anderem auch in den Besitz von

Unterlagen gelangt, die belegen konnten, dass die Bank Steuerhinterziehern dabei behilflich gewesen war, ihre Vermögen in Singapur vor den Finanzbehörden zu verstecken. Während in Deutschland Regierung und Opposition über ein mit der Schweiz zu schließendes Steuerabkommen stritten, nutzte die Bank die unklare Rechtslage, um das Geld ihrer deutschen Kunden auf Konten in Singapur weiterzuleiten. Nicht zuletzt auch diese Erkenntnisse führten dazu, dass das bereits mit der Schweiz ausgehandelte Steuerabkommen politisch kaum noch durchsetzbar wurde und letztlich scheiterte.

Der Finanzplatz Singapur geriet durch diese Enthüllungen weiter in Bedrängnis. In der Folge verschärfte sich die internationale Kritik an den fehlenden oder unzureichenden Finanzmarktkontrollen im Stadtstaat, die Steuerhinterziehung und andere illegale Finanzgeschäfte massiv begünstigen. Die Regierung versuchte, dieser Kritik zu begegnen, indem sie eine ganze Reihe bilateraler Abkommen mit wichtigen Partnerländern über den Austausch von Steuerinformationen abschloss. Dies bedeutete eine zumindest teilweise Lockerung des ansonsten strengen Bankgeheimnisses, wie sie auch in anderen Ländern zu beobachten war (und ist).

Im April 2013 sorgte dann der Fall des französischen Finanzministers Jerome Cahuzac für Aufsehen, der 2010 ein Schweizer Bankguthaben auf ein Konto bei der gleichen Bank in Singapur transferierte, ohne das Geld den französischen Steuerbehörden zu melden. Mittlerweile hat die anhaltende Kritik an der Rolle des Stadtstaats als Offshore-Finanzzentrum aber auch innerhalb Singapurs zu gesetzlichen Änderungen geführt. Zum 1.7.2013 ist ein Gesetz in Kraft getreten, das Finanzinstitutionen zukünftig dazu verpflichtet, zu überprüfen, dass Kapitalanlagen nicht aus illegalen Quellen stammen und Steuerpflichtungen im jeweiligen Herkunftsland nachgekommen wurde. Damit will die Regierung auch verhindern, dass Konten im Stadtstaat zur Steuerhinterziehung genutzt werden.

Die jüngsten Reformschritte dienen dazu, den Finanzsektor gegenüber der zunehmenden Kritik aus Europa und den USA zu schützen und gleichzeitig den Bankenstandort zu konsolidieren, der noch immer zu den führenden Wirtschaftssektoren Singapurs zählt. Es darf allerdings bezweifelt werden, dass die jüngste Gesetzesinitiative dazu führen wird, dass der Stadtstaat seine Funktion als Offshore-Finanzzentrum mittelfristig verlieren wird. Vielmehr wird es vermögenden Anlegern auch in Zukunft möglich sein, ihre Vermögen am heimischen Fiskus vorbei in dem Inselstaat anzulegen.